



Brüssel, den 28. März 2025
(OR. en)

7571/25

Interinstitutionelles Dossier:
2025/0068(NLE)

MAR 47
EMSA

VORSCHLAG

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	28. März 2025
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2025) 132 final
Betr.:	Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union im Hafenstaatskontrollausschuss der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatskontrolle zu vertretenden Standpunkts

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2025) 132 final.

Anl.: COM(2025) 132 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 28.3.2025
COM(2025) 132 final

2025/0068 (NLE)

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

**zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union im Hafenstaatkontrollausschuss
der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle zu vertretenden Standpunkts**

BEGRÜNDUNG

1. GEGENSTAND DES VORSCHLAGS

Vorgeschlagen wird ein Beschluss zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Union im Hafenstaatkontrollausschuss, der mit der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle eingerichtet wurde, im Hinblick auf die vorgesehene Annahme von Beschlüssen zu vertreten ist, die für das ordnungsgemäße Funktionieren des EU-Hafenstaatkontrollsystems gemäß der Richtlinie 2009/16/EG¹ erforderlich sind.

2. KONTEXT DES VORSCHLAGS

2.1. Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle

Die Pariser Vereinbarung sieht ein internationales Überprüfungssystem für ausländische Schiffe durch Hafenstaatkontrolleure vor. Dabei soll überprüft werden, ob die Befähigung des Kapitäns, der Offiziere und der Besatzung an Bord eines Schiffes sowie dessen Zustand und Ausrüstung den Anforderungen der internationalen Übereinkommen entsprechen und ob das Schiff gemäß den internationalen Rechtsvorschriften bemannt ist und betrieben wird. Die Pariser Vereinbarung wurde am 26. Januar 1982 unterzeichnet.

Mit der Richtlinie 2009/16/EG (in der geänderten Fassung) werden die Verfahren und Instrumente der Pariser Vereinbarung übernommen. Alle EU-Mitgliedstaaten² mit Seehäfen sowie Kanada, Island, Montenegro, Norwegen und die Russische Föderation³ sind Mitglieder der Pariser Vereinbarung. Die Europäische Union ist nicht Mitglied der Pariser Vereinbarung.

2.2. Vorgesehener Rechtsakt des Hafenstaatkontrollausschusses der Pariser Vereinbarung

Damit die Hafenstaatkontrolle in der Union funktionieren kann, müssen jedes Jahr im Rahmen der Pariser Vereinbarung eine Reihe von Beschlüssen gefasst werden. Diese betreffen unter anderem die jährlichen Überprüfungspflichten der einzelnen Mitgliedstaaten, die durchschnittlichen Mängel- und Festhaltequoten, die für das Risikoprofil des Schiffes zur gezielten Erfassung von zu überprüfenden Schiffen erforderlich sind, sowie Aktualisierungen der Anweisungen und Leitlinien für die Durchführung von Überprüfungen.

Diese Beschlüsse werden durch den jedes Jahr im Mai tagenden Hafenstaatkontrollausschuss im Konsens gefasst. Obwohl im Rahmen der Pariser Vereinbarung keine

¹ Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Hafenstaatkontrolle (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 57).

² Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, die Niederlande, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich sind der Vereinbarung am 26. Januar 1982 beigetreten. Bulgarien ist der Vereinbarung am 10. Mai 2007 beigetreten. Kroatien ist der Vereinbarung am 8. November 1996 beigetreten. Zypern ist der Vereinbarung am 12. Mai 2006 beigetreten. Estland ist der Vereinbarung am 12. Mai 2005 beigetreten. Lettland ist der Vereinbarung am 12. Mai 2005 beigetreten. Litauen ist der Vereinbarung am 12. Mai 2006 beigetreten. Malta ist der Vereinbarung am 12. Mai 2006 beigetreten. Polen ist der Vereinbarung am 27. November 1991 beigetreten. Rumänien ist der Vereinbarung am 10. Mai 2007 beigetreten. Slowenien ist der Vereinbarung am 15. Mai 2003 beigetreten.

³ Die Mitgliedschaft der Russischen Föderation in der Pariser Vereinbarung wurde 2022 infolge der grundlosen und ungerechtfertigten militärischen Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine ausgesetzt.

Durchsetzungsbefugnisse gegenüber den Behörden ihrer Mitglieder bestehen, sind nach der Richtlinie 2009/16/EG die vom zuständigen Gremium der Pariser Vereinbarung gefassten Beschlüsse für die EU-Mitgliedstaaten bindend.

3. IM NAMEN DER UNION ZU VERTRETENDER STANDPUNKT

Nach Artikel 218 Absatz 9 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) muss der Standpunkt, der im Namen der Union in internationalen Organisationen wie der Pariser Vereinbarung zu vertreten ist, wenn sie rechtswirksame Akte zu erlassen haben, auf Vorschlag der Kommission durch einen Beschluss des Rates festgelegt werden.

Mit dem Beschluss (EU) 2016/381 des Rates⁴ wurde der im Namen der Europäischen Union im Hafenstaatkontrollausschuss für den Zeitraum 2016-2019 zu vertretende Standpunkt festgelegt, mit dem Beschluss (EU) 2020/722 des Rates⁵ der Standpunkt für den Zeitraum 2020-2024.

Der Ratsbeschluss folgt einem zweistufigen Ansatz. Der Beschluss selbst enthält die Grundsätze und Leitlinien für den Standpunkt der Union auf Mehrjahresbasis. Anpassungen für die einzelnen Jahrestagungen des Hafenstaatkontrollausschusses erfolgten durch Non-Papers der Kommission, die in der Arbeitsgruppe „Seeverkehr“ des Rates erörtert wurden. Der vorliegende Vorschlag dient der Festlegung des Standpunkts der Union im Hafenstaatkontrollausschuss für den Zeitraum 2025-2029.

Der für diesen Vorschlag gewählte Ansatz ist auf die Besonderheiten der Beschlussfassung im Rahmen der Pariser Vereinbarung zurückzuführen. Laut Geschäftsordnung der Pariser Vereinbarung endet für die Mitglieder und die mit der Ausarbeitung von Leitlinien und Anweisungen befassten Arbeitsgruppen die Frist für die Einreichung von Unterlagen sechs Wochen vor der Tagung des Hafenstaatkontrollausschusses. Erst zu diesem Zeitpunkt, wenn alle eingereichten Unterlagen vorliegen, kann die Kommission mit der Prüfung beginnen und einen Vorschlag für einen koordinierten Standpunkt der Union nach Artikel 218 Absatz 9 AEUV ausarbeiten, der anschließend vom Rat angenommen werden muss. Da für diese Prüfung und die Ausarbeitung des Vorschlags der Kommission sowie dessen Annahme durch den Rat nur wenig Zeit zur Verfügung steht, wird in Anhang 2 das Verfahren für die jährliche Festlegung des Standpunkts der Union geregelt.

Auf der Grundlage der Richtlinie 2009/16/EG verfügt die Union über die ausschließliche Außenkompetenz in Bezug auf den Gegenstand der Pariser Vereinbarung.

4. RECHTSGRUNDLAGE

4.1. Verfahrensrechtliche Grundlage

⁴ Beschluss (EU) 2016/381 des Rates vom 14. März 2016 über den im Namen der Europäischen Union im Hafenstaatkontrollausschuss der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle zu vertretenden Standpunkt (ABl. L 72 vom 17.3.2016, S. 53).

⁵ Beschluss (EU) 2020/722 des Rates vom 19. Mai 2020 über den im Namen der Union im Hafenstaatkontrollausschuss der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle im Zeitraum 2020-2024 zu vertretenden Standpunkt (ABl. L 171 vom 2.6.2020, S. 4).

4.1.1. Grundsätze

Nach Artikel 218 Absatz 9 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) werden die „Standpunkte, die im Namen der Union in einem durch eine Übereinkunft eingesetzten Gremium zu vertreten sind, sofern dieses Gremium rechtswirksame Akte, mit Ausnahme von Rechtsakten zur Ergänzung oder Änderung des institutionellen Rahmens der betreffenden Übereinkunft, zu erlassen hat“, durch Beschlüsse festgelegt.

Artikel 218 Absatz 9 AEUV gilt unabhängig davon, ob die Union ein Mitglied des betreffenden Gremiums oder Vertragspartei der betreffenden Übereinkunft ist⁶.

Der Begriff „rechtswirksame Akte“ erfasst auch Akte, die kraft völkerrechtlicher Regelungen, denen das jeweilige Gremium unterliegt, Rechtswirkung entfalten. Darunter fallen auch Instrumente, die völkerrechtlich nicht bindend, aber geeignet sind, „den Inhalt der vom Unionsgesetzgeber ... erlassenen Regelung maßgeblich zu beeinflussen“⁷.

4.1.2. Anwendung auf den vorliegenden Fall

Der Hafenstaatskontrollausschuss ist ein durch eine Übereinkunft, nämlich die Pariser Vereinbarung, eingesetztes Gremium.

Der Akt, den die Pariser Vereinbarung annehmen soll, ist ein rechtswirksamer Akt. Der vorgesehene Rechtsakt ist geeignet, den Inhalt der EU-Rechtsvorschriften, insbesondere die Richtlinie 2009/16/EG über die Hafenstaatskontrolle, maßgeblich zu beeinflussen, da der Hafenstaatskontrollausschuss der Pariser Vereinbarung eine Reihe von Beschlüssen erlässt, die jedes Jahr erforderlich sind, damit die Richtlinie ordnungsgemäß funktionieren kann.

Mit dem vorgesehenen Rechtsakt wird der institutionelle Rahmen der Übereinkunft weder ergänzt noch geändert. Somit ist Artikel 218 Absatz 9 AEUV die verfahrensrechtliche Grundlage für den vorgeschlagenen Beschluss.

4.2. Materielle Rechtsgrundlage

4.2.1. Grundsätze

Die materielle Rechtsgrundlage für einen Beschluss nach Artikel 218 Absatz 9 AEUV hängt in erster Linie von Ziel und Inhalt des vorgesehenen Aktes ab, zu dem ein im Namen der Union zu vertretender Standpunkt festgelegt wird. Liegt dem vorgesehenen Akt ein doppelter Zweck oder Gegenstand zugrunde und ist einer davon der wesentliche und der andere von untergeordneter Bedeutung, so muss der Beschluss nach Artikel 218 Absatz 9 AEUV auf eine einzige materielle Rechtsgrundlage gestützt werden, nämlich auf diejenige, die der wesentliche oder vorrangige Zweck oder Gegenstand verlangt.

⁶ Urteil des Gerichtshofs vom 7. Oktober 2014, Deutschland/Rat, C-399/12, ECLI:EU:C:2014:2258, Rn. 64.

⁷ Urteil des Gerichtshofs vom 7. Oktober 2014, Deutschland/Rat, C-399/12, ECLI:EU:C:2014:2258, Rn. 61-64.

4.2.2. Anwendung auf den vorliegenden Fall

Hauptzweck und Inhalt des vorgesehenen Rechtsakts betreffen den Seeverkehr. Somit ist Artikel 100 Absatz 2 AEUV die materielle Rechtsgrundlage für den vorgeschlagenen Beschluss.

4.3. Schlussfolgerung

Die Rechtsgrundlage für den vorgeschlagenen Beschluss sollte Artikel 100 Absatz 2 AEUV in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9 AEUV sein.

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union im Hafenstaatkontrollausschuss der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle zu vertretenden Standpunkts

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 100 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle (Pariser Vereinbarung) wurde am 26. Januar 1982 in Paris unterzeichnet und am 1. Juli 1982 wirksam. Nach Abschnitt 7.1 der Pariser Vereinbarung setzt sich der Hafenstaatkontrollausschuss aus je einem Vertreter jeder Seeschiffahrtsbehörde und der Kommission zusammen; er hat die in Abschnitt 7.3 genannten Zuständigkeiten. Es ist angebracht, den im Namen der Union im Hafenstaatkontrollausschuss zu vertretenden Standpunkt festzulegen, da die Beschlüsse des zuständigen Gremiums der Pariser Vereinbarung geeignet sind, den Inhalt der Rechtsvorschriften der Union, insbesondere der Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁸, maßgeblich zu beeinflussen, indem mit ihnen beispielsweise die Überprüfungspflichten sowie die durchschnittlichen Mängel- und Festhaltequoten im Risikoprofil des Schiffes, die zur Auswahl von zu überprüfenden Schiffen genutzt werden, festgelegt und die Anweisungen und Leitlinien für die die Überprüfungen durchführenden Besichtiger aktualisiert werden.
- (2) Die Richtlinie 2009/16/EG regelt das EU-Hafenstaatkontrollsystem; mit ihr wurden die bisherigen, seit 1995 geltenden Unionsvorschriften für diesen Bereich neu gefasst und verschärft. Das Unionssystem fußt auf den vorhandenen Strukturen der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle, einer seit 1982 bestehenden internationalen Organisation. Für die Mitgliedstaaten gilt, dass mit der Richtlinie 2009/16/EG die Verfahren, Instrumente und Tätigkeiten der Pariser Vereinbarung in den Geltungsbereich des Unionsrechts überführt wurden.
- (3) Der Hafenstaatkontrollausschuss der Pariser Vereinbarung tritt jährlich zusammen; auf seinen Tagungen beschließt er über eine Reihe von Tagesordnungspunkten, die für die Anwendung der Richtlinie 2009/16/EG erforderlich sind.
- (4) Dieser Beschluss sollte für den Zeitraum 2025-2029 gelten.
- (5) Der Standpunkt der Union wird von den Mitgliedstaaten der Union vorgetragen, deren Seeschiffahrtsbehörden Mitglieder des Hafenstaatkontrollausschusses der Pariser Vereinbarung sind und die gemeinsam im Interesse der Union handeln —

⁸ Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Hafenstaatkontrolle (ABl. L 131 vom 28.5.2009, S. 57).

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Standpunkt, der im Namen der Union auf der Jahrestagung des Hafenstaatkontrollausschusses der Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatkontrolle (im Folgenden „Pariser Vereinbarung“) zu vertreten ist, ist in Anhang I dieses Beschlusses festgelegt.

Artikel 2

Die Rahmenvorgaben für die jährliche Festlegung des im Namen der Union auf den Jahrestagungen des Hafenstaatkontrollausschusses der Pariser Vereinbarung zu vertretenden Standpunkts sind in Anhang II dieses Beschlusses festgelegt.

Artikel 3

Der in Artikel 1 genannte Standpunkt wird spätestens im Hinblick auf die Jahrestagung des Hafenstaatkontrollausschusses der Pariser Vereinbarung im Jahr 2029 überprüft und erforderlichenfalls auf Vorschlag der Kommission vom Rat geändert.

Artikel 4

Der Standpunkt in Artikel 1 wird von den Mitgliedstaaten der Union vorgetragen, die Mitglieder des Hafenstaatkontrollausschusses der Pariser Vereinbarung sind und gemeinsam im Interesse der Union handeln.

Artikel 5

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am

Im Namen des Rates

Der Präsident /// Die Präsidentin